

**Vorbemerkung der SWG:** Die Deutschen Ostgebiete und der Bund der Vertriebenen sind längst zum Mittel unserer politischen Klasse geworden, ihr Gutmenschentum unter der Fahne der „Versöhnung“ zu beweisen. Der Betrug von einst: „Verzicht ist Verrat“ über die Umbenennung von Mitteldeutschland in Ostdeutschland bis hin zur Beschimpfung der „Vertriebenenfunktionäre“ korrespondiert mit der entsprechenden Behandlung in den Medien. Mußten wir uns doch zum Beispiel am 24. 10. in den Abendmeldungen im von unseren Steuergeldern geförderten 1. Programm einen Kommentar von Dr. Petra Lidschreiber anhören, der dem Zuhörer den Eindruck vermittelte, es handele sich um die Wiederholung einer Sendung der antifaschistischen DDR unseligen Angedenkens. Die desinformative Gehässigkeit gegen die Vertriebenen und den BDV ist darin nur noch von der dabei zum Ausdruck kommenden Herzlosigkeit und Rücksichtslosigkeit, welche für die linken „Wohlstandskinder“ in der Regel kennzeichnend sind, übertroffen worden. Wikipedia gibt Auskunft über die Karriere jener West-Akademikerin. Wer bietet solchen Leuten ein Forum? Der Herr Intendant des besagten „öffentlich-rechtlichen Senders“ ist es offensichtlich nicht gewohnt, auf die betroffenen Bürger Rücksicht zu nehmen, solange die Einschaltquoten stimmen. Und davon, daß er den Forderungen für ein Nationaldenkmal der Flucht und Vertreibung der Deutschen aus einem Viertel des Deutschen Reiches ausreichend Raum gewährt, wurde bisher kaum etwas vernommen.

## Abgesicherte Erinnerung

**Bund der Vertriebenen: Festakt in Berlin zum 50. Jahrestag der Gründung**  
**Marcus Schmidt**

Grüne Sicherungsnetze sorgen am Berliner Kronprinzenpalais dafür, daß Spaziergänger nicht von herabfallenden Fassadenteilen erschlagen werden. Insofern war das Unter den Linden gelegene marode Palais am Montag die richtige Wahl für den Festakt zum 50. Jahrestag der Gründung des Bundes der Vertriebenen (BdV).

Vor allem die Festrede von Bundeskanzlerin Angela Merkel war von den Redenschreibern mit zahlreichen kunstvoll gespannten Sicherungsleinen versehen worden. Merkel schien unter allen Umständen den Vorwurf vermeiden zu wollen, sie schreibe beim Thema Vertreibung die Geschichte um. „Wir verwechseln nicht Ursache und Wirkung, wenn wir der Vertreibung gedenken“, machte sie unmißverständlich deutlich – vor allem auch in Richtung der zahlreich anwesenden polnischen Journalisten.

Auch die Präsidentin des BdV, Erika Steinbach, kam nicht ohne verbale Sicherungsleinen aus, um dem vielbemühten Vorwurf des „Revanchismus“ aus dem Weg zu gehen. Deutlicher wurde die BdV-Präsidentin dagegen, als sie die „Häme und Bösartigkeit gegenüber landsmannschaftlichen Treffen, Mitleidlosigkeit gegenüber den Opfern“ der Vertreibung in Teilen der deutschen Öffentlichkeit anprangerte.

Vergeblich warteten die Teilnehmer des Festaktes dagegen auf eine konkrete Aussage zum in Berlin geplanten Zentrum gegen Vertreibungen. Merkel versicherte zwar zum wiederholten Male, daß die Große Koalition das vereinbarte „sichtbare Zeichen“ zum Gedenken an Flucht und Vertreibung „umsetzen“ werde, und versprach zudem, „in Kürze“ ein Konzept vorzulegen.

Doch nicht nur angesichts des anhaltenden Widerstands gegen ein Vertriebenenzentrum unter Beteiligung des BdV innerhalb der SPD klangen ihre Worte wenig überzeugend. Wohin die Reise in dieser Frage gehen könnte, ließ tags darauf eine Äußerung Wolfgang Thierses (SPD)

erahnen, der Steinbach im Deutschlandfunk vorwarf, die Unterschiede zwischen dem von ihr geforderten Zentrum und dem europäisch orientierten „sichtbaren Zeichen“ zu verwischen.

Auch Merkel hatte zuvor die Notwendigkeit unterstrichen, mit den „östlichen Nachbarn“ über dieses Projekt zu sprechen. Das „sichtbare Zeichen“, soviel wird immer deutlicher, wird nicht das vom BdV geplante Zentrum gegen Vertreibungen sein.

Schon vor der Feierstunde hatten sich einige lautstarke Kritiker des BdV zu Wort gemeldet, unter ihnen der Vizepräsident des Zentralrats der Juden, Dieter Graumann. Er forderte den BdV in der Netzeitung auf, mit der „unseligen Tradition“ zu brechen, „den Holocaust und die Vertreibung moralisch zu parallelisieren und gleichmacherisch behandeln zu wollen“.

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Renate Künast, warf dem BdV in einem Artikel für die Berliner Zeitung vor, lange Zeit „eine neue Plattform für einst einflußreiche Funktionäre der NSDAP“ gewesen zu sein. Ein Vorwurf, den Steinbach in ihrer Rede mit dem Hinweis auf die gleichlautende Propaganda der DDR konterte. Künast sollte sich mit Fakten versorgen, sagte Steinbach – diesmal ganz ohne Sicherungsleine – in Abweichung von ihrem Redemanuskript.

Junge Freiheit vom 26. 10. 2007